

## 30 Jahre "Waldsterben - 30 Jahre Wildverbiss" und sonstige Irrungen

# Auf dem Holzweg

- Eine kritische Bilanz -

*Dokumentation über Waldschäden und Wildverbiss, über Aussagen, Prognosen, Warnungen und Forderungen von vielerlei Experten und vermeintlichen Experten, von Politikern und von Praktikern. Recherchiert und chronologisch zusammengestellt von Peter Busch, Vorsitzender des Unterfränkischen Jagdklubs Würzburg e.V.*

Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass die Geschichte um Wald- und Verbisschäden weniger ein globales, europäisches oder gesamtdeutsches Problem darstellt, sondern ein überwiegend bayerisches. Waldsterben ist ein Dogma von Forst- und Umweltverbänden, mit dem es diesen Gruppen gelang, bei Presse und Politik 30 Jahre lang im Rampenlicht zu stehen. Ihre fortgesetzten Entdeckungen neuartiger Waldschäden, mit Benennen der Verursacher, rückte sie in das Licht von "Rettern der Nation". Bund und Ländern kostete die um das Waldsterben angefachte Hysterie und deren Folgen aberhunderte Millionen Mark bzw. Euro.

## Chronologische Recherche 1979 bis 2010

### 1979

---

In diesem Jahr fing alles an!

Der Göttinger Bodenforscher Bernhard Ulrich kündigt Waldschäden an, verursacht durch Sauren Regen und Schwefeldioxid. Seine Prognose: In fünf Jahren sind die ersten Wälder durch diese Schadstoffeinträge abgestorben. Das wird zunächst nicht ernst genommen, da selbst auf dem Mittelstreifen der Autobahn alles wächst und gedeiht.

Erstmals kommt Forstdirektor Felix Feineis des unterfränkischen Forstamtes Burgebrach wegen seiner Gewinne im Waldbau ins Gespräch. Nachbarförster Dr. Georg Sperber aus Ebrach, der ungewöhnlich hohe rote Zahlen schreibt, beobachtet Feineis argwöhnisch, weil dieser im Gegensatz zu ihm weitgehend auf kostspielige Zäunungen gegen Wildverbiss verzichtet.

So kommt es, dass Feineis von zwei Professoren des Lehrstuhls für Waldbau in München, Peter Burschel und Jürgen Huss, besucht wird, um seine Waldbaumethoden zu beurteilen. Das Ergebnis der Untersuchungen war für Feineis vernichtend. Beide Professoren attestierten: Der Burgebracher Wald ist hundertprozentig verbissen. Die Verjüngung wird in nicht tolerierbarem Umfang reduziert. Es ist ein umfangreiches Zäunungsprogramm zu erstellen und der Rehwildabschuss unverzüglich zu erhöhen.

Forstamtsleiter Feineis zäunte nicht, schoss nicht mehr Rehe als zuvor, beobachtete die Verjüngungen und wartete ab, wie sich sein Wald entwickelt.

### 1981

---

Entdeckung neuartiger Waldschäden durch Forstbotaniker Professor Peter Schütt. Der Begriff „Waldsterben“ wird endgültig etabliert und geht in die Geschichte ein. Prognose von Schütt: Im Jahr 2000 ist der Deutsche Wald durch Wildverbiss und Schadstoffe tot.

Das ist DIE PR-Bombe!

Der Bayerische Jagdverband (BJV), Vertreter von damals rund 41.000 Jagdscheininhabern - die bislang nichts von Totverbiss und Waldsterben gesehen haben -, fordert als Sofortmaßnahme Äsungsverbesserungen im Wald für das Wild.

## 1982

---

Die Politik wird von Presse, Forst- und Umweltverbänden wegen Tatenlosigkeit in Sachen Waldsterben attackiert.

## 1983

---

Dr. Georg Sperber, Forstamtsleiter in Ebrach, springt auf den fahrenden Zug: Wildverbiss ist Hauptursache für das Waldsterben. Mit dieser Aussage fährt er seinem Nachbarförster Felix Feineis in die Weichen, der auf teure Zäunung verzichtet und seinen Rehwildabschuss nicht erhöht.

Der Rehwildkrieg der Forstpartie wird eingeläutet, unterstützt durch den Bund Naturschutz (BN) mit Hubert Weinzierl an der Spitze, und Dr. Georg Sperber, „Programmemacher“ des BN (laut „Süddeutsche Zeitung“).

Jagdpädchter und Jäger werden für das Waldsterben mit verantwortlich gemacht.

## 1984

---

Für Expertisen zum Waldsterben setzt nun der Geldregen aus Bonn ein. Es überschlagen sich die wissenschaftlichen Ergebnisse der Waldschadensforscher. Ein Professor Reichelt macht das Kernkraftwerk Würgassen in Nordrhein-Westfalen für die Waldschäden verantwortlich. Da es den Begriff „Waldsterben“ bislang nicht gab und keiner wusste woran man denn den sterbenden Wald erkennen könne, wurde als Weiser für das Waldsterben von Forstleuten die Theorie der „Baumkronenverlichtung“ entwickelt.

## 1985

---

„Die Zeit“, Nr. 3/85, bringt einen Artikel: „Der waidwunde Wald“. Soll es im Jahr 2000 überhaupt noch Wald geben, muss das Wild abgeschossen werden, „das den Wald zammfrisst“

Im gleichen Jahr werden erste Verbissaufnahmen von der Forstpartie gestartet, ohne Einbeziehung der Jägerschaft.

## 1986

---

Reaktorunfall, Tschernobyl : Zusammenbruch des Wildbretmarktes.

Im Jahr 1986 werden dann auch die Ergebnisse des ersten Verbissgutachtens mit abenteuerlichen Verbiss- und Fegeschäden veröffentlicht. Forstoberrat Klaus Behr, Würzburg: „Durch selektiven Rehwildverbiss 100 Prozent Totverbiss der Eiche. 84 Prozent Gesamtverbiss. Edellaubhölzer sind über Verbisshöhe durch Fegeschäden forstlich nicht mehr nutzbar. Eiche und Edellaubholz lässt sich nur hinter Zaun nachziehen. Der Rehwildabschuss ist deutlich zu erhöhen.“

Die Jägerschaft steht verblüfft und vor den Kopf geschlagen als Sündenbock am Pranger. Obwohl fast täglich draußen und im Wald, sahen sie weder das viele Wild, noch die unterstellten Verbiss- und Fegeschäden! Zudem waren sie nicht in das Aufnahmeverfahren mit einbezogen. Die Jagdbehörden erhöhen die Abschusspläne und drohen bei Nichterfüllung Strafen an.

## 1987

---

Attacken gegen die Jäger eskalieren. Der Ökologische Jagdverein (ÖJV) fordert den Schrotschuss sowie Treibjagd- und Abschussfreiheit auf alles Schalenwild.

## 1988

---

Die SPD entdeckt: Kfz-Abgase sind verantwortlich für das Waldsterben.

Füssen im Allgäu beschließt zur „Bergwaldsanierung“ Totalabschuss allen Schalenwildes auf 900 Hektar Wald.

Die anhaltenden Schreckensmeldungen über den Zustand der Wälder entwickeln sich speziell in Bayern zu einer wahren Verbisshysterie.

Eine der spektakulärsten Berechnungen von Verbißschäden trifft nun die Unternehmerfamilie Sachs. In ihrem bayerischen Bergrevier Rechenau bei Kiefersfelden errechneten Forstsachverständige Verbiß- und Fegeschäden in Höhe von 1,65 Millionen Mark, worauf der bayerische Staat den mit Sachs bis zum Jahr 2024 laufenden Pachtvertrag kündigte. 1964 hatte Sachs dem Bundesland Bayern das Revier mit der Klausel verkauft, dass Jäger seiner Familie dieses für die nächsten 100 Jahre günstig pachten können. Später wurde die Laufzeit auf 60 Jahre, also bis 2024 geändert. Nach der Kündigung des Pachtvertrages wegen der Wildschäden von 1,65 Millionen Mark begann ein langwieriger gerichtlicher Prozess, über viele Jahre und alle Instanzen, den wegen des hohen Streitwerts wohl kein privater Pächter finanziell überstanden hätte.

Jetzt finden Tübinger Wissenschaftler die Ursache des Waldsterbens heraus: Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) gelange durch Verdampfung in die Atmosphäre und schädige die Ozonschicht. Auch die Verursacher werden genannt: Metallindustrie und Textilreinigungsgewerbe.

Zweites Verbißgutachten mit 70 Prozent Gesamtverbiß! Die Jäger wurden wieder nicht mit einbezogen.

Im November werden erste Zweifel an Waldsterben laut: Die naturwissenschaftliche Zeitschrift „Nature“ schreibt in Nr. 11/1988: Berichte über das Waldsterben seien allesamt falsch und irreführend. Baumkronenverlichtung als Weiser sei Unsinn.

## 1989

---

Der „Rehwildkrieg“ der Öko-Förster eskaliert im Raum Würzburg. Gründung des „Forum Fährbrück“, eine Vereinigung von Jägern und Naturfreunden, die gegen den von der Forstpartie gestarteten Rehwildkrieg demonstrieren.

27.5.1989: die „Main-Post“, Würzburg, bringt einen Artikel über Forstdirektor Feineis, Burgebrach. Feineis belegt: Waldsterben gibt es nicht. Den hochstilisierten Totverbiß durch Rehwild gibt es in Franken nicht. Verbiß ist nicht gleich Schaden. Bei ihm sind nur 0,3 Prozent der 15.600 Hektar seines Forstamtes versuchsweise gezäunt. Ferner: Wildverbiß ergibt positive Entwicklung der Wurzelstruktur. Außerdem hätten sich die vor zehn Jahren (1979) verkündeten Beurteilungen und Prognosen der Waldbauprofessoren Huss und Burschel für sein Revier allesamt als falsch erwiesen. Sein Wald stehe gesund da, selbst von den Manöverschäden einer US-Panzertruppe, die vor zehn Jahren auf einer Verjüngungsfläche wochenlang geübt hatte, sei nichts mehr zu sehen. Feineis gilt nun bei den bayerischen ÖJV-Förstern als „Rebell“.

Die Folge der Einlassungen von Feineis: Aufschrei der Forstpartie und des Ökologischen Jagdvereins. Georg Sperber: „Der Wald wird vom Wild aufgefressen“ und fordert Fallenjagd (sic!) auf Rehwild. Forstprofessor Richard Plochmann, ÖJV-Gründer, startet neue Vorstöße und fordert Schrotschuss auf



Schalenwild. Sebastian Freiherr von Rotenhan fordert Wintergatter für den Rotwildabschuss im Spessart.

Forstwissenschaftler Ludwig Prinz von Bayern in einem Radiointerview des Senders „Bayern 3“: *„Es sterben mehr Bäume am schlechten Forstmeister wegen nicht standortgemäßer früherer Anpflanzungen als an anderen Ursachen.“*

Dr. Johannes Timinger, Forstamtsleiter in Würzburg, erfindet das „Würzburger Modell“ und zahlt eine Kopfgeldprämie von 250 Mark für jedes geschossene weibliche Reh.

Unter der Federführung von Georg Sperber Gründung des ÖJV Lohr. Ulrich Mergner, Erster Vorsitzender: *„Die Ursache des Waldsterbens ist der Saure Regen von oben und der Wildverbiss von unten“*. Das entspricht der These des Göttinger Bodenforschers Bernhard Ullrich, der zehn Jahre zuvor verkündete: *„In fünf Jahren sind die ersten Wälder abgestorben.“*

ÖJV-Schatzmeister Michael Hahn, beratender Förster in Fährbrück, Unterfranken: *„In Fährbrück kann keine einzige Eiche wachsen wegen Herbivoren-Verbiss“* (Herbivoren = größere Pflanzenfresser).

Am 24.10.1989 erscheint prompt ein „Main-Post“-Artikel in Würzburg: ÖJV-Vorsitzender Ulrich Mergner zitiert das Verbissgutachten Fährbrück: *„Durch die Gefräßigkeit der Rehe kann keine einzige Eiche mehr hochkommen, nur Abschuss und Zaun kann helfen.“*

Jagdjournalist Bruno Hespeler hält eine Pressekonferenz auf dem Podium des Forstamtes Würzburg als „Wild und Hund“-Redakteur und verteidigt die Kopfgeldprämien des Dr. Timinger für den Abschuss von weiblichem Rehwild und Rehkitzten und unterstützt die Behauptung der Forstpartie, die Wildbestände im Raum Würzburg seien viel zu hoch. Hespeler: *„Maximal tragbarer Bestand sind zehn bis elf Rehe auf 100 Hektar; dann aber ist das Wild nicht mehr sichtbar, also alles schießen was man sieht“*. Hespeler gilt seitdem als ÖJV-„Maulwurf“.

2000 Jäger protestieren in Folge in Fährbrück gegen den Rehwildkrieg der Staats- und ÖJV-Förster.

Forstoberrat Klaus Behr sorgt für weiteren Aufruhr der Jägerschaft. Bei einer Hegeringversammlung in Höchberg attackiert Behr den Forstdirektor Felix Feineis: *„Der ist wohl nicht ganz richtig im Kopf seit seiner Kriegsverletzung“*. Dies führt zu erneuten Protesten der Jägerschaft.

Immer noch 1989: Forstdirektor Sperber, Forstamtsleiter Ebrach, entwirft in der Zeitschrift SDW Heft 5, 10/89 „seine Doppelstrategie: „Viel zäunen - viel schießen. Jeder schießt jedes Reh, das Jagdzeit hat“ sowie „Abschaffung aller administrativen Vorschriften, die den Abschuss behindern“ und beginnt auf 900 Hektar Wald den Bau von 200 Kilometer Zaun gegen Wildverbiss - zur Rettung des Deutschen Waldes. Der bayerische Staat, geschockt durch ständige Horrormeldungen seiner progressiven Förster, diese unterstützt von Presse und Naturschutzverbänden, zahlt hohe Summen für Schutzmaßnahmen.

Die Bleischrot-Debatte beginnt, angestoßen von Naturschutzorganisationen. Schießstandbetreiber sollen wegen Bleivergiftung des Grundwassers haften. ÖJV-Förster fordern erneut die Freigabe des Schrotschusses auf Rehwild.

## 1990

Renso Eck, Befürworter des Schrotschusses auf Rehwild, bringt eine Broschüre heraus: *„Der Schrotschuss auf Rehwild“*. Bei der wissenschaftlich aufgemachten Arbeit lässt er erst mit dem letzten Satz *„die Katze aus dem Sack“*. Sein Schlusssatz: *„Der Öffentlichkeit muss klargemacht werden, dass anscheinend ein Großteil der Gegner des Schrotschusses auf erhöhte Rehbestände angewiesen ist, um ihr privates Jagdvergnügen zu befriedigen, während es den Befürwortern um ein altbewährtes Instrumentarium geht, die Anforderungen des Waldgesetzes und des Jagdgesetzes „weidgerecht und tierschutzgerecht“ zu*

erfüllen".

Sturmkatastrophen „Wiebke“ und „Vivien“. Das Forstministerium in München fordert umfangreiches Zäunungsprogramm, Abschusserhöhungen bei Schalenwild und erlässt Abschussanordnungen in der Schonzeit.

Die Grünen-Partei findet nun heraus: Richtfunk und Radarwellen sind verantwortlich für das Waldsterben.

Dr. Johannes Bauer von „European Wildlife Research“ (EWI) erstellt eine Studie über Verbisschäden. Ergebnis der drei forstsachverständigen Gutachter für dieselbe Fläche: Schätzer A: 500 Mark; Schätzer B: 1.000 Mark; Schätzer C: 30.000 Mark. Bauer kritisiert die Dogmen der Schalenwild-Problematik, die mit dem „Glanz der objektiven Wahrheit gekürt werden“:

1. Wilddichte wird unterschätzt
2. Tragbare Wilddichten können pauschal festgelegt werden
3. Winterfütterung fördere Verbiss und reduziere Gewicht und Reproduktionsdynamik
4. Nutzung von Vegetation, Verbiss durch Herbivoren negativ sein muss

Wildbiologe und Jagdwissenschaftler Dr. Michael Petrak in der „Allgemeinen Forstzeitschrift“, Nr. 4/90: „*Es gibt keine Weiserpflanzen, die Angaben über die Wilddichte zulassen.*“

Nun bindet der Ökologische Jagdverein den Schweizer Aktivist Wendelin Fuchs in seine Schrotschusskampagne ein. Fuchs legt dar, wie erprobt, effektiv und weidgerecht die Jagd auf Rehwild in der Schweiz praktiziert würde. Der Schuss geht allerdings nach hinten los, weil auch in vielen Schweizer Kantonen der Schrotschuss auf Schalenwild verboten ist und gar mit 30.000 Franken Strafe geahndet wird.

Mai 1990: Forstoberrat Klaus Behr, Würzburg, lässt in der Schonzeit am 9. Mai in Kleinrinderfeld in einer lückig gezäunten Kultur eine Rehgeiß von seinem Hund reißen. Dies wird von einem Spaziergänger, aufmerksam geworden durch anhaltendes Klagen des Rehs, beobachtet. Er erstattete Anzeige wegen Tierschutz- und Schonzeitvergehen. Folge: Dem Forstoberrat wird der Jagdschein bis zur Gerichtsverhandlung im März 1991 entzogen. Vor dem Landgericht Würzburg erfolgte Freispruch aufgrund der Vorlage einer Ausnahmegenehmigung zum Abschuss in der Schonzeit. Forstoberrat Klaus Behr, als Staatsbeamter eingeschworen auf die Einhaltung geltenden Rechts, hatte die Ausnahmegenehmigung kraft seines Amtes und wegen der Durchführung hoheitlicher Aufgaben sich selbst ausgestellt. Auf die Bemerkung des Richters, er - Behr - habe das Reh ja nun nicht geschossen, sondern vom Hund reißen lassen, sagte Behr, er habe keinen sicheren Kugelfang gehabt.

Das „Arten & Biotopschutzprogramm“ (ABSP) in Bayern läuft an: Trockenrasen-Rückbau auf das Jahr 1880, 400 Schafe als Wanderherde. Etat 50 Millionen Mark. Einhergehend wird erhöhter Rehwildabschuss gefordert. Auf die Frage: warum denn das? Antwort: Es sei ja bekannt, dass Rehe Selektivverbeisser seien, ganz im Gegensatz zur Hammelherde, die alles wegfressen würde. Das war so um die Zeit der „Wende“ (in der DDR).

## 1991

---

Nach der Wende auch allmähliche Wende beim Waldsterben:

Bayerns Ministerpräsident Max Streibl: Waldschäden entstehen nicht durch Wildverbiss!

Nachdem das „Waldsterben“ von Wissenschaftlern, Jägern und auch von der Presse zunehmend angezweifelt wird, entwickelt Dr. Georg Sperber, Bund Naturschutz, neue Thesen: Bäume wachsen sich zu

Tode. Eichensterben wird verursacht durch Eintrag landwirtschaftlicher Düngemittel. Wo bislang die Bäume durch Schadstoffe starben, wachsen sie sich nun durch Düngemittel zu Tode.

Forstverein fordert höhere Rehwildabschüsse und das Ende der Rehwildhege.

ÖJV-Förster Michael Hahn, Hausen, entdeckt in einer gezäunten Kultur, Gemarkung Lindach, neuartige Waldschäden. Überwiegend Kirschen sind über Äserhöhe abgeknickt. Hahn unterstellt rehwildtypischen Verbiss durch Hochsteigen an den Bäumen und beurteilt den Schaden auf 30.000 Mark, die dem Jagdpächter angelastet werden sollen. Gutachten ergeben ca. 1.300 Mark Schaden. Kosten des Gutachtens: 1.800 Mark. Verursacher der Schäden wurden nicht ermittelt, da sich die Kultur als wildrein gezäunt erwies.

Hubert Weinzierl vom Bund Naturschutz, und Georg Sperber, BN-Sprecher Arbeitskreis Wald, rufen den „Notstand für den Deutschen Wald aus“.

„Die ZEIT“, Nr. 49/91, kritisiert in einem Artikel über den Waldzustand: Gravierende Schwächen im Waldzustandsbericht, besonders bei der Kronenverlichtungstheorie.

## 1992

---

Hubert Weinzierl vom BN findet nun heraus: Frost ist die Ursache des Eichensterbens.

## 1993

---

Das Bundesforschungsministerium (BMFT) veröffentlicht eine Expertenbilanz: ein Absterben der Wälder ist in Zukunft nicht zu befürchten.

Der ÖJV Lohr hält sofort dagegen: Rehe sind schuld an Schwammspinnerplage.

Hubert Weiger, Bund Naturschutz: „*Rehe fressen Wirtschaftspflanzen für natürliche Gegenspieler der Schwammspinner*“ und erneute Forderung: Schrotschuss auf Rehe muss freigegeben werden.

Der Bayerische Rechnungshof beanstandet die Flucht der Förster in die Zäune mit ihren exorbitanten Kosten. Er beanstandet auch das Jagdvergnügen der Forstbeamten, der Staatsförster. Für einen Hirschabschuss wären 12.000 Mark fällig gewesen, worauf generös verzichtet wurde. Andere Forstbedienstete berechneten z.B. 80 Überstunden für Ansitze, Führungsstunden, Fahrtkosten, Nachsuchen usw., die außerhalb der Dienstzeit aufgewendet wurden.

Aufschrei des Bund der Forstleute: Jagd ist Dienst und harte Arbeit !

Marktheidenfeld hat wegen der Verbissysterie in drei Jahren 120.000 Mark für Zäune ausgegeben.

23.7.1993: Die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) greift Thesen des Bund Naturschutz und Dr. G. Sperber auf: „*Rehe fressen den Wald zusammen*“. Die Waldbauern Georg Hinterstoißer und Franz Seiwald klagen gegen Pächter des Reviers Aufham (Bad Reichenhall) und wollen höhere Abschusszahlen.

SZ vom 27.11.1993: Hohe Beamte schießen die teuersten Böcke. Verbisschäden grenzen an Waldverwüstung.

„Die Pirsch“, Nr. 18/93, bringt erneut einen provokanten Artikel des Jagdjournalisten Bruno Hespeler. Seine neuen und auch schon zuvor veröffentlichten Thesen: Je weniger ich schieße, umso weniger wachsen nach. Durch effektive Jagd verbessere ich den Lebensraum der Rehe. Das Wild ist zu erlegen, bevor es zu Verbiss kommt. Geißen so rechtzeitig schießen, dass die Kitze nicht überfahren werden können. Kitze so



früh wie möglich schießen, auch Hasen wiegen ja nicht mehr als vier Kilogramm. Schonung von Bockkitzen erhöht Fallwild und Knopfbockrate. Je mehr Rehe geschossen werden, umso größer ist das Wohlbefinden der Überlebenden. Er nennt die Jäger Rehwildbeweiner und kritisiert deren Ansätze und Revierfahrten mit dem Pkw, der „fahrenden Schlachtbank“, die zu Dauerstress beim Wild führen würde. Er fordert effektivere Jagdmethoden der Jäger, analog zu jenen der ÖJV-Förster.

## 1994

---

Das Bayerische Kabinett beschließt Äsungs- und Lebensraumverbesserungen und erstellt das Positionspapier „Jagd in Staatsforsten“. Forstminister Reinhold Bocklet will Förster nur noch nach der Dienstzeit jagen lassen.

SZ vom 12.01.1994: Der „Bund Deutscher Forstleute“ (BDF) und das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten kontern: *„Jagd für Förster im Staatswald ist grundsätzlich Dienst und harte Arbeit“*.

Wegen des angeblichen erhöhten Wildverbisses fordert die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäßer Waldbau, (ANW) der Bund Naturschutz (BN) und der Ökologische Jagdverein (ÖJV) erneut Schrotschuss und Treibjagden auf Schalenwild, sowie Dezimierung von Rotwild im Wintergatter. Ferner soll das immer noch geltende „Nazi-Jagdgesetz“ endlich reformiert werden, insbesondere abschusshemmende Passagen.

Dr. Georg Sperber, „Programmemaker“ des BN: „Überhöhte Rehwildbestände führen zu Zwergenwuchs und Parasitose“. Er fordert Fütterungsverbot, Ende der Abschussplan-Obergrenzen und die Bockjagd bis Februar, weil auf 100 Hektar 40 Rehe den Wald totfressen würden.

Forstoberrat Klaus Behr lädt zu insgesamt 18 (!) Dienst-Stöberjagdterminen auf Rehwild zwischen 30.9.94 und 21.01.95 im Steigerwald ein.

Die Statistik „Kranker Deutscher Wald“ wird veröffentlicht: Schadstufe 4 - über 40 Prozent der Bäume sind todkrank.

„Bayerische Staatszeitung“: Wildverbiss hat deutlich abgenommen; nur noch 49 Prozent Laub und 26 Prozent Nadel verbissen. Lob an Staatsförster, da Staatswald weitaus weniger verbissen als Privatwald. Der Bayerische Rechnungshof moniert, dass alleine seit 1991 Schutzzäune gegen Wildverbiss errichtet wurden, die „von München bis Peking reichen würden“.

„Der Spiegel“, Nr. 39/94, beginnt nun auch am Waldsterben zu zweifeln und bringt den Artikel „Vom Umweltschutz zum Öko-Wahn“.

Merkliche Zunahme beim Schwarzwild. Wildbiologen behaupten, der Zuwachs entstehe durch das geänderte Sexualverhalten bei den Sauen, weil Jäger führende Bachen schießen würden.

## 1995

---

„Die Zeit“, Nr. 13/95: Für den bayerischen Schutzwald müssen in den nächsten 20 Jahren 800 Millionen Mark ausgegeben werden. Bayern gibt jedes Jahr 27 Millionen Mark für den Zaunbau gegen Wildverbiss aus und hat zwischen 1991 und 1995 rund 8000 (!) (achttausend) Kilometer Zaun gebaut.

Erstmals kommen bei der Presse ernsthafte Gegenstimmen zum Waldsterben zu Wort.

Der Ökologe Heinz Ellenberg: Es gibt kein Waldsterben, im Gegenteil, Waldwachstumsschub.

Prof. Dr. Heinsdorf, Direktor der Forstlichen Forschungsanstalt Eberswalde: *„Der Wald wächst besser als je zuvor.“*

Biologe Prof. Dr. Otto Kandler, Leiter des Botanischen Instituts der Ludwig Maximilian Universität München: „Waldsterben gibt es nicht“. Er bewies, dass die von den Medien veröffentlichten Thesen des Prof. Schütt wissenschaftlich keinen Halt finden. Die Krankheiten sind wie schon vor 100 Jahren: Pilzbefall, Trockenperioden. Kernbohrungen und Querschnittsanalysen ergaben, dass Manganmangel zu Pilzbefall der Sorte Hallimasch führt. Es kann zum Absterben der Bäume führen, muss aber nicht. Das gilt auch für die Eiche. Die blau-schwärzliche Verfärbung unter der Rinde, die sogenannte „Kartoffelfäule“, entstehe vorwiegend durch Pilzbefall. Auch der Biologe Plaschke weist als Ursache der Feinwurzelschäden Pilzbefall nach. Die Theorie der Baumkronenverlichtung als Weiser für das Waldsterben ist Unsinn. Anhand einer Postkarten- und Fotosammlung belegt Kandler, dass sich einst verlichtete Kronen je nach Witterungsverlauf wieder regenerieren.

Folge: Aufschrei des Bundes Naturschutz: „Der Wald wird gesund gelogen!“

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald: „Der Wald stirbt weiter - zu viele Autos“. Bund Naturschutz: „Mehr Rehe schießen!“

ÖJV-Förster Michael Hahn, Bergtheim: „Bonsay-Eichen sind die Opfer von Rehen“. Durch Stickstoffeintrag aus der Luft wüchsen die Bäume doppelt so schnell wie früher, daher fehlende Widerstandskraft. Mehr Rehe schießen! Aufwuchs nur hinter Zaun möglich.

Der Bayerische Rechnungshof veröffentlicht eine „Expertenbilanz“: „Wertverlust im Schutzwald durch Wildverbiss 34 Millionen Mark!“

Forstminister Reinhold Bocklet: Sachlich bleiben, schließlich hätten nicht jene Wissenschaftler recht behalten, die in den frühen 80er Jahren ein großflächiges Waldsterben vorausgesagt haben.

## 1996

---

Das Bundesforschungsministerium fordert Abschaffung des Verfahrens der Waldzustandserhebung wegen Unbrauchbarkeit.

Das Europäische Forstinstitut (EFI) stellt fest: Das Waldsterben ist vorbei!

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ): „Der Wald stirbt und wächst in den Himmel“

Hubert Weinzierl (BN) prägt daraufhin den neuen Begriff: „Der Wald stirbt an krankhaftem Wachstum“.

Und der Bayerische Forstverein lobt Dr. Georg Sperber für seine vorbildliche Waldbautätigkeit in Ebrach - zur Walderhaltung habe Sperber seit 1972

1. drastische Erhöhung des Rehwildabschuss,
2. auf 900ha Wald - 200 Kilometer Zaun gegen Wildverbiss,
3. Stopp aller Wildfütterung,

9/1996: „Main-Post“, Würzburg: Keine Entwarnung bei Waldsterben.

## 1997

---

10.12.97: Die „Main-Post“, Würzburg, zitiert den Waldzustandsbericht aus Bonn: „Jede zweite Eiche ist schwer geschädigt“.

Der Bund Naturschutz (BN) wirft Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert Verschleierungstaktik vor.



Verursacher der Kronenverlichtung seien Stickoxyde, Ozon, Ammoniak. Der BN fordert: Tempolimit, Ende der Massentierhaltung, Ausgleichszahlungen für Waldbauern.

Wissenschaftler warnen vor mangelhafter Aussagekraft der Erhebungsmethoden.

## 1998

---

Forstkonzferenz: Hunderte Millionen Mark Forschungsgelder verbraucht. 20 Jahre Diskussion über Waldsterben, das nicht eintrat.

Bodenkundler Prof. Karl-Eugen Rehfuß, München: *„Alle Schadstofftheorien sind ein Konstrukt, die Realität ist ein ganz erheblicher Massenzuwachs im Wald!“*

Eberhard Sinner, Diplom-Forstwirt, CSU-Landtagsabgeordneter und späterer bayerischer Umweltminister, Landkreis Main-Spessart: Landwirtschaftsamt will auf Wildschutzzäune verzichten und diese nicht mehr finanziell fördern.

9.1.98: „Main-Post“: Die Gemeinde Hausen unter der Ägide des ÖJV-Försters Michael Hahn beantragt Abschussverlängerung auf Rehwild nach dem 1. Februar wegen Wildverbiss. Die Untere Jagdbehörde lehnt Verlängerung ab, da bei einer Ortsbesichtigung kein Verbiss festgestellt werden konnte.

13.8.98: „Main-Post“, Leitartikel: *„Gemeinden über den Tisch gezogen“*. Bewirtschaftungsverträge für Gemeindewälder nach der neuen Forstreform sehen vor, dass Städte und Gemeinden mit Kommunalwald jetzt Staatsförster bezahlen müssen. Der Landtagsabgeordnete Heinz Mehrlich, SPD, machte deutlich: Main-Spessart-Gemeinden mit 30.000 Hektar Wald müssen noch im Jahr 1998 rund 350.000 Mark bezahlen, ab 2007 jährlich sogar 2,8 Millionen Mark. Und der Landkreis Würzburg mit 130.000 Hektar Wald ein Vielfaches davon. Bisher bekamen die Gemeinden für eigenes Forstpersonal Zuschüsse. Jetzt müssen sie staatliche Förster bezahlen.

Thema Unternehmerfamilie Sachs, Revier Rechenau: Das Land Bayern verliert in letzter Instanz vor dem Bundesgerichtshof in Bonn (Az. III ZR 205/98) den gegen Sachs geführten Prozess wegen Zahlung von 1,65 Millionen Mark Wildschaden. Der insgesamt zehn Jahre dauernde, durch alle Instanzen geführte Prozess wäre von einem Normalsterblichen wohl nie durchgestanden worden. 1988 hatten Forstsachverständige im Revier von Sachs Verbiss- und Fegeschäden in Höhe von 1,65 Millionen Mark errechnet.

## 1999

---

12.4.99; „Main-Post“: *„Tierschützer kritisieren Jagdreisen ins Ausland“*. Geschäftsführer des ÖJV Bayern, Wolfgang Kornder, fordert die sofortige Einstellung der Trophäenjagd. Der gegen den Tierschutz verstoßende Trophäentourismus werde zudem mit deutschen Steuergeldern subventioniert. Seit 1987 seien 40 Millionen Mark in die Abschussgebiete als Entwicklungshilfe geflossen, kritisierte der Bayerische Tierschutzbund. Der ÖJV kritisiert ferner, dass ihm die Teilnahme an der 8. Münchner Ausstellung „Jagen und Fischen“ am 14.4.99 verweigert werde.

Vorgenannte Verbände operieren mit BN, BUND, NABU, und anderem Schutzorganisationen, die eine Art Kartell gegründet haben, dennoch eine in ihren Ansichten zerrissene Gesellschaftsschicht. Da gibt es die Strömung die Jagd ganz abzuschaffen und aus den gleichen Reihen die Forderung mehr Wild zu schießen, letzteres angeblich um den Wald zu retten. Der Bogen wird weit gespannt, auch die Auslandsjagd wollen andere verboten sehen.

## 2003

---

Die damalige Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen, erklärt das Waldsterben für beendet. Also zehn Jahre nach dem Bundesforschungsministerium, das 1993 veröffentlichte: „*Ein Absterben der Wälder ist in Zukunft nicht zu befürchten*“. Den Bund kostete die Hysterie um das Waldsterben rund eine halbe Milliarde Euro. Die Länder finanzieren den unsinnigen Waldzustandsbericht mit rund 100 Millionen Euro jährlich.

Und was nun?

Glaubt man, es sei jetzt ruhiger um das Waldsterben geworden - weit gefehlt. Nach dem Prinzip von Gustave Le Bon (Psychologie der Massen), eine Behauptung muss nur immer wiederholt werden, dann stellt sich der gewünschte Effekt mit Sicherheit ein, geht es munter weiter:

Nach der Pensionierung der Forstdirektoren Felix Feineis, Burgebrach, und Forstdirektor Dr. Georg Sperber, Ebrach, Mitbegründer des ÖJV und „Programmemacher“ des BN, wurden die im Steigerwald gelegenen Forstämter Ebrach und Burgebrach zusammengelegt. Federführend sind nun die Bayerischen Staatsforsten (Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten). Als neuer Forstamtsleiter wird der ehemalige Erste Vorsitzende des ÖJV Lohr, Ulrich Mergner (Schwiegersohn von Georg Sperber), eingesetzt. Sperber war seit 1972 bis zu seiner Pensionierung 1998 Forstdirektor in Ebrach. Auch weitere ÖJV-Anhänger um Georg Sperber wurden Forstamtsleiter und mit besten Revieren bedacht. So auch Forstoberrat Klaus Behr. Nach dem Scheitern des vom BN, ÖJV und diversen Naturschutzverbänden 2004 gestarteten Volksbegehrens gegen die Forstreform wurden dann unter Ministerpräsident Stoiber im Jahr 2005 die Strukturen der Forstämter im Zuge der Forstreform geändert. Leiter der neuen Staatsforsten, Rudolf Freidhager, wandelte die Forstbetriebe in ein Wirtschaftsunternehmen um.

## 2006

---

Auflösung der Oberen Jagdbehörde und Bayerischen Staatsforstverwaltung.

Hausen: ÖJV-Förster Michael Hahn verteilt anlässlich einer Waldbegehung am 14.7.2006 eine Modellrechnung auf Gemeindegkopf-Briefbogen für das in Eigenregie bewirtschaftete Revier von 200 Hektar:

Bei Verpachtung: 4.200 Euro Verlust pro Jahr für die Gemeinde, das heißt 37.000 Euro Verlust in den neun Jahren einer Pachtperiode.

Bei Regiejagd\*: 5.000 Euro Gewinn jährlich, also 45.000 Euro Gewinn in neun Jahren.

\*Regiejagden werden nicht verpachtet. Die Jagd wird im Rahmen der gesetzlichen Abschusspläne durch bezahlte oder beauftragte Jäger durchgeführt.

Der Verlust entsteht durch Verbiss und Zäunungskosten. Bei Regiejagd seien Fördergelder von derzeit 4.300 Euro zu erwarten.

Anmerkung: Hiermit soll offenbar das Revierjagdsystem diskreditiert werden.

Warum bei der Jagd in Eigenregie Fördergelder fließen, nicht aber bei Verpachtung, ist bis heute ungeklärt. Eine schriftliche Anfrage des Unterfränkischen Jagdclubs an den Bürgermeister Strobel der Gemeinde Hausen wurde nicht beantwortet.

Art.12 BayJG (JagdnutzungE2) sagt: „*Sollte die Jagdgenossenschaft (JG) die Jagd auf eigene Rechnung ausüben, so darf sie nicht mehr Pächter, Jagdaufseher und Berufsjäger anstellen als Pächter im Revier*“

sein dürfen. Die JG wird die Jagd deshalb nicht selbst ausüben, da sie sonst nur den Wildbreterlös erzielen könnte, falls keine Abschüsse gegen Entgelt vergeben werden sollten. Für Wildschäden und eventuelle Löhne an Jäger muss die JG selbst aufkommen. Der Erlös bei Verpachtung ist i.d.R. höher und auch sicherer.“

## GEMEINDE HAUSEN

FÄHRBRÜCKER STRASSE 5 · 97262 HAUSEN BEI WÜRZBURG  
☎ (0 93 67) 90 67-0 · TELEFAX (0 93 67) 90 67-20



Gemeinderatsbegang am Freitag, 14. Juli 2006

### Pachtjagd

200 ha → jährlich 2 ha Neuverjüngung  
d. h. 2 ha Neuverjüngung mit 600 lfm  
zu 8,- € / lfm (für Material, Aufbau,  
Kontrolle, Reparatur, Abbau)  
jährliche Kosten: 4.800,- €

Pachteinnahmen:

200 ha zu 3,- €  
jährlicher Ertrag 600,- €

ergibt einen jährlichen

Verlust von 4.200,- €

### Regiejagd

Wildpreterlös:  
200 ha x 14 Stck á 50,- €  
= 700,- € Ertrag

kostenlos Naturverjüngung auf  
ganzer Fläche senkt Betriebsrisiko  
(Schwammspinner), erhöht  
wirtschaftliche Freiheit (Nutzung  
von Starkeichen, wenn Markt gut)  
Förderung für Naturverjüngung  
derzeit 1.000,- € / ha ...  
(maximal 10 Hektar jährlich förderbar)

Vorteil aus der Regiejagd jährlich ca. 5.000,- €

bei 9 Jahren Pachtdauer 45.000,- €

## 2007

Januar: Der Sturm „Kyrill“ richtet große Verwüstungen in den Deutschen Wäldern an. Insbesondere Nadelholz ist von großflächigen Windwürfen betroffen. Entlang den Autobahnen wurden gigantische



Schneisen gerissen. Als Verursacher wird die Klimaerwärmung durch Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) ausgemacht.

Umweltverbände fordern: Kleinere Autos, schmale Reifen, Kühe in den Stall, mehr Windräder, Bio-Treibstoffe, Heizung herunterdrehen, Sprit teurer usw. usw.

„Main-Post“, 6.12.2007: Der bayerische Forstminister Josef Miller, CSU, legt Waldzustandsbericht vor: Knapp 29 Prozent aller Bäume sind deutlich geschädigt, Bayerns Wälder erholen sich nur leicht. Die prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels machen deutlich, dass große Herausforderungen auf den Wald und die Forstwirtschaft zukommen. SPD-Politikerin Heidi Lück wirft der Staatsregierung vor, den Zustand der Bäume zu beschönigen: „Seit 1983 hat sich die Situation der Wälder stetig verschlechtert“. Christian Magerl (Grüne) behauptet, bei den Waldschäden gebe es eine „*Stagnation auf hohem Niveau*“. Für die aktuelle Untersuchung hatten Experten den Zustand der Kronen von 9.000 Bäumen in 370 Beständen in ganz Bayern begutachtet.

Das Leibnitz Institut der Uni Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik, veröffentlicht Ergebnisse eines Forschungsauftrages: „Bleivergiftung bei Greifvögeln“ Beim Kugelschuss auf Schalenwild mit bleihaltigen Teilmantelgeschossen entstehe eine Bleidampf Wolke, die im Gescheide nachzuweisen sei. Durch Aufnahme dieses Blei-kontaminierten Gescheides würden sich Greifvögel tödliche Vergiftungen zuziehen und verenden. Insbesondere die seltenen unter Schutz gestellten Seeadler seien davon betroffen. Als Konsequenz der Expertise wird die Abschaffung bleihaltiger Büchsenpatronen gefordert. Es beginnt eine rege Entwicklungstätigkeit bei diversen Munitionsherstellern mit Monolytik's, Bionik's und bleifreien Alternativ-Geschossen, bis die DEVA wegen der erhöhten Gefahr von Abprallern (Querschlägern) vor der Verwendung der neuen Vollgeschosse warnt. Damit ist das Thema zunächst abgehandelt.

## 2008

---

Das Wort des Jahres : „Klimakatastrophe“

Zum Thema Klimaveränderung, die derzeit die Welt bewegt, gibt es Aufzeichnungen in Bayern. Seit 1780 wurden auf dem Hohenpeißenberg - zunächst von einem Kloster, dann von einer modernen Wetterstation - Klimaaufzeichnungen gemacht. Gemessen im Zehn-Jahres-Mittel: seit 1780 bis 2000 stieg die Temperatur mit heftigen Ausschlägen von bis zu 2 Grad Celsius plus/minus in einem Dezennium von 6,9 auf 7,2 Grad, das sind + 0,3 Grad Erwärmung in 220 Jahren. Die nächste Zusammenfassung sollte 2010 erfolgen ist aber noch nicht veröffentlicht. Es zeichnet sich ab, dass die Klimaerwärmung dann im südlichen Bayern ca. 0,5 Grad betragen wird. 0,5° in 230 Jahren. Jahresringe alter Bäume beweisen, dass diese mit ganz anderen Temperaturschwankungen bislang fertig geworden sind.

Kaum jedoch war der neue Begriff „Klimakatastrophe“ in aller Munde, da standen in Bayern schon Forstsachverständige auf, um die Welt zum Positiven zu verändern.

Für sogenannte „Schutzwaldregionen“ wurden die Schonzeiten für Rot-, Reh- und Gamswild aufgehoben. Ab 2009 gibt es dort keine Schonzeit mehr für Hirsche der Klasse 3, das sind eigentlich alle Hirsche außer reifen Kronenzwölfem. Ferner für Rehböcke und für Gamsböcke, Gams-Jährlinge und weibliches Gamswild unter zwei Jahren. Diese können nun das ganze Jahr über erlegt werden. (Leonhard, Jagdrecht, 17.30 und 25.20 7501.54).

Die amtliche Begründung für die Aufhebung der Schonzeiten ab 2009:

*„Gesunde Bergmischwälder sind die beste Vorsorge gegen Lawinen, Steinschlag, Hochwasser, welche infolge des Klimawandels erheblich zunehmen. Mit den forstlichen Bemühungen müssen angepasste Wildbestände einhergehen, um die Bergwaldverjüngung zu gewährleisten“.*

Von der Aufhebung der Schonzeiten sind hauptsächlich 15.000 Hektar Staatswald betroffen. Das sind

rund 100 Reviere der Forsten im Amtsbereich Miesbach, Bad Tölz, Rosenheim, Traunstein, Weilheim. Der Erlass gilt zunächst bis 14. Dezember 2013.

In diesem Zusammenhang sei hier nochmals „Die Zeit“, Nr. 13/1995, zitiert: Für den Bayerischen Schutzwald müssen in den nächsten 20 Jahren 800 Millionen Mark ausgegeben werden. Bayern gibt jedes Jahr 27 Millionen Mark für Zaunbau gegen Wildverbiss aus und hat zwischen 1991 und 1995 rund 8000 Kilometer Zaun gebaut.

„Main-Post“ 7.12.2008: Ehemaliger Forstdirektor von Ebrach, Dr. Georg Sperber, fordert für ca. 100 Quadratkilometer Wald die Einrichtung eines „Nationalpark Steigerwald“. Professor Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes Naturschutz Bayern und neuer Vorsitzender des „BUND“ (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), kritisiert den Verzicht des Landrats, Hubert Handwerker, auf eine Machbarkeitsstudie. Ebrachs Bürgermeister, Max Dieter Schneider, hofft, dass die Studie auf einen Zeitpunkt bis nach den Wahlen verschoben werde. (s. auch „Main-Post“, 3.3.2010: „Nationalpark gefordert. BN, LBV, WWF fordern Nationalpark Steigerwald.“)

Anmerkung: Es beginnt bereits am Main-Post 6.12.07 : „Nationalpark Steigerwald scheitert am Bürgerentscheid“ „Dr. Georg Sperber gibt aber die Hoffnung nicht auf“ M.P 7.12.07 „Gezzere um Nationalpark“

Auch 2011 geht es weiter: S. Main-Post 19.2.11: BN fordert Nationalpark Steigerwald und legt in München Umweltminister Markus Söder 30.000 Unterschriften für den Nationalpark vor. Söder: „*Einen Nationalpark Steigerwald wird es auf weiteres nicht geben*“

## 2009

---

„Main-Post“, Würzburg, 30.7.2009: Bund der Steuerzahler vergibt an den Chef der Bayerischen Staatsforsten, Rudolf Freidhager, den „Kreativpreis“. Freidhager habe nach Einführung der Forstreform „*verkrustete Verwaltungsstrukturen*“ in einen erfolgreichen Wirtschaftsbetrieb umgewandelt. Bei der Forstreform war die staatliche Forstverwaltung aufgelöst und als Wirtschaftsunternehmen neu strukturiert worden. Der Bund Naturschutz, der gemeinsam mit dem Ökologischen Jagdverein und anderen Verbänden 2004 ein Volksbegehren gegen die Reform startete, aber damit scheiterte, kritisierte die Auszeichnung als „*peinlich*“. Die Forstreform sei Steuerverschwendung gewesen.

Tatsächlich haben die Staatsforsten in den ersten drei Jahren nach der Reform mehr als 139 Millionen Euro Überschuss erwirtschaftet, wovon 88 Millionen an den Freistaat gingen.

„Main-Post“, Würzburg, 29.9.2009: Beratender Förster Wolfgang Fricker beklagt den überdurchschnittlichen Einschlag der letzten Jahre im Gemeindewald Hettstadt. Der Bedarf an Brennholz könne 2009 nicht befriedigt werden. Gemeinderat reduziert Einschlag um 50 Prozent. Besonderes Augenmerk habe man auf ungewöhnlich starke junge Bäume, sogenannte „*Protzer*“\*, zu richten. Diese müssten aus den Jungkulturen entfernt werden. Die Nachfrage der Sägewerke betreffe nur Nadelholz, das aber nicht da sei.

\* Irrsinn mit Methode! Wären sie doch durch Verbiss im Wachstum begrenzt worden, dann müssten sie nach den Gesichtspunkten moderner Forststrategen nicht herausgeschlagen werden, um den Kümmerlingen zu helfen. S. a. Feineis „*Verbiss fördert die Entwicklung der Wurzelstruktur*“

Dezember 2009: Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten sowie die Ämter für Ernährung Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) - untere Forstbehörden mit über 1000 Mitarbeitern - fertigen das Verbissgutachten 2009 an.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) kritisiert daraufhin in seinem Jahresbericht die Verbissbelastung nach wie vor als untragbar hoch. Die gesetzliche Vorgabe „*Wald vor Wild*“ werde nicht umgesetzt. Diese Situation erfordere sofortiges Handeln. Die Jagdbehörden in Regierung und Landratsämtern setzten die Abschlussempfehlungen nicht um: nämlich: a) bei der Festlegung und Erfüllung

der Abschusspläne, b) der Anordnung des körperlichen Nachweises; c) der Verhängung von Zwangsgeld.\*

Der Klimawandel - so heißt es - erfordert klimatolerante Baumarten. Diese würden aber bevorzugt durch das Schalenwild verbissen. Bei der Verbissaufnahme 2003 hatte die Hälfte der 751 bayerischen Hegegemeinschaften (HG) „nicht tragbaren“ Verbiss; 2006 sogar Zweidrittel aller HG. Die Aussagekraft der Verbissgutachten wurde vom Bayerischen Jagdverband infrage gestellt, daher gab das Forstministerium eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag. Ergebnis: „Verbissgutachten objektiv“.

An dieser Stelle sei auf die Studie über Verbißschäden von Dr. Johannes Bauer von European Wildlife Research (EWI) im Jahr 1990 hingewiesen. Ergebnis der drei forstsachverständigen Gutachter für dieselbe Fläche: die Schätzungen lagen bis zum 60-fachen auseinander!

Oberster Rechnungshof (ORH): Die Schutzwaldsanierung kostet jährlich drei Millionen Euro. Durch Verbiss gehen diese Investitionen teilweise ins Leere. Von 2002 bis 2007 gab es 286.442 Wildunfälle, davon 72 Prozent verursacht durch Rehwild. 16 Personen starben dabei. Sachschaden 49 Millionen Euro. ORH kritisiert: Jagdbehörden seien nicht aktiv. Nur 6 von 21 Landratsämtern haben die Anweisung des Forstministers befolgt. Nur ein Landratsamt habe Weisung erlassen, jeden Abschuss binnen drei Tagen zu melden. Hier handelt es sich offenbar um das LRA Landshut, der zuständigen Jagdbehörde für MDL Hubert Aiwanger, (freie Wähler) auch BJV-Kreisgruppenvorsitzender Rottenburg, welches „Zwischenstreckenlisten“, körperlichen Nachweis, Zwangsgeld, und Bindewirkung der Verbissgutachten einfordert.\*

ORH Forderung: Gesetzesänderung - Zuständigkeit für Jagd und Abschuss ist auf ÄELF zu übertragen. Der mangelhafte Vollzug durch die Landratsämter und kreisfreien Städte muss beendet werden!

Anmerkung: Der regelnden Phantasie mancher Staatsdiener sind – wie man sieht- keine Grenzen gesetzt. Ökologisch motivierte Mitarbeiter des Rechnungshofes mögen es wohl als unerträglich empfinden, wenn sie Untertanen nichts vorschreiben haben. Zudem agieren einige von ihnen hinter den Kulissen als Protégés von Mitgliedern des ÖJV und Naturschutzverbänden, die höchst eigenwillige Wertbeurteilungen von Wild und Waldschäden kreieren.

## 2010

---

Januar: „DJV“, Stiftung „Natur + Mensch“, Initiative „Wald - Wild - Mensch“, „Jäger“, und „BJV“, also fünf verschiedene Organisationen, organisieren Unterschriftenaktionen gegen die Zersplitterung des Jagdrechts, gegen Hetzjagd auf Schalenwild, für mehr Waidgerechtigkeit usw. Wem letztlich all die Unterschriftenlisten vorgelegt werden sollen, ist unklar.

März 2010: „Jäger“ Nr.3 (Deutsche Jägerzeitung): Prof. Martin Moog, Lehrstuhl für forstliche Wirtschaftslehre, TU München: „*Verbissproblem nur in den Köpfen*“. Moog sieht keine messbaren Verbißschäden durch Rehwild; im Gegenteil: Verbiss Sorge dafür, dass die übrigen Bäume besser wachsen können. Er resümiert: „Das Verbissproblem besteht nur in den Köpfen.“

S Main Post 27.5.1985 Fodr. Felix Feineis, .1995 Heinz Ellenberg, Prof. Dr. Heinsdorf, Prof. Dr. Kandler, „Main-Post“, Würzburg, 3.3.2010: Bund Naturschutz (BN), Landesbund für Vogelschutz (LBV) und World Wide Fund for Nature (WWF) fordern Nationalpark Steigerwald. „Die Bayerische Staatsregierung darf sich ihrer Verantwortung für einen dauerhaften Schutz der Buchenwälder des Steigerwaldes samt ihren bedrohten Tier- und Pflanzenarten nicht entziehen“. Halsbandschnäpper und heimische Fledermausarten, alle auf der Roten Liste und vom Aussterben bedroht, hätten dort ihre Heimat. S.a.Main Post 07.12.2007 „Wild und Hund“ Jagdmagazin, Nr.5 vom 4.3.2010: Unter der Überschrift „Flächenbrand in Bayern“ erster kritischer Artikel einer Jagdzeitschrift über die Verknüpfung von Ökologischem Jagdverein, Rechnungshof, Ämter für Landwirtschaft und Forsten, Bauernverband, der Naturschutzverbände BN und BUND: „Eine Clique von bayerischen Ministerialbeamten, die der herkömmlichen Jagd den Krieg erklärt“. WuH



Chefredakteur Heiko Hornung, beleuchtet deren konzertierte Aktionen, die Technik, wie der „mediale Humus zum Thema zeitgemäße Jagd „, ausgebracht wird, die Manipulationen um Wildschäden und den Masterplan, wie der Bayerische Jagdverband zerschlagen werden könnte, die Zuschusterungen von Finanzmitteln aus Jagdabgabe und Steuern, wie auch die Vergeudung dieser Gelder: 20 Millionen alleine für das nutzlose Verbissgutachten.

Der W&H-Artikel wirkt wie das Stochern in einem Hornissennest. Aufgeschreckt reagierte Georg Windisch, Leiter der Forstverwaltung und der Projektgruppe im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bayern.

Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten entschuldigt sich indessen in einem Brief vom 05.03.10. bei BJV-Präsident Prof.Dr.Jürgen Vocke für den Abschlussbericht der Projektgruppe Waldumbau - Klimawandel“ vom Oktober 2008, dessen Inhalt nicht vom Staatsministerium geteilt würde und in keiner Weise Eingang in Konzepte der Forstverwaltung gefunden habe.

Ferner kursieren Briefe und E-Mails mit der Forderung, dass Beamte und Angestellte, die in den Manipulationsskandal verwickelt waren, unverzüglich ihrer Ämter enthoben werden, der Passus „Wald vor Wild“ im Waldgesetz abzuschaffen sei, Unterlassungsklage gegen Forstbeamte eingereicht werden müsse, usw.

09.03.2010 BJV-Bezirksgruppentagung „Unterfranken“ in Würzburg. Thema WuH-Artikel „Flächenbrand in Bayern“: BJV Referenten: Prof.Dr. Vocke und Enno Piening.

Die Anwesenden Vorsitzenden der BJV-Kreisgruppen aus Unterfranken reagieren aufgebracht gegen die Strukturen im Bayerischen Rechnungshof und deren Verflechtungen mit ÖJV-Aktivisten und Naturschutzverbänden. Es wird offen kritisiert, dass Landwirtschaftsminister Helmut Brunner seine Mitarbeiter nicht im Griff habe. In seinem Ministerium würde die Demontage des Bayerischen Jagdsystems betrieben. Es werden Stimmen laut, eine Protestveranstaltung in München gegen das ministeriale Komplott zu organisieren.

Vocke wiegelt ab, und möchte Brunner aus der Schusslinie halten. Ruhe bewahren! Auch müsse man wissen, dass das Waldumbauprogramm mit all seinen Begleiterscheinungen beschlossene Sache sei. In der Politik gebe es keine Freunde, alle Politiker würden den Verbänden Lob und Anerkennung spenden, aber dann doch machen was untereinander abgesprochen sei. Und da sei dann auch noch zu berücksichtigen, dass der BJV nur 43.000 Mitglieder habe. Der Deutsche Alpenverein (DAV) dagegen aber 424.000, der Landesbund für Vogelschutz 75.000, der Bauernverband 175.000, der Bund Naturschutz 170.000 und andere Interessenverbände Zigtausend, die alle irgendwie in die Landespolitik involviert seien, viele davon gegen die Jagd und das Wild agieren, mit denen man sich aber arrangieren müsse. Und an was viele nicht denken: die CSU habe in Bayern die absolute Mehrheit verloren und müsse natürlich mit den anderen Parteien, die in der Landesregierung säßen, kooperieren. Das sei die Situation, was soll man da machen?

Alles in allem ein abwartend wirkendes Präsidium, dem - wie es schien - der WuH-Artikel eher ungelegen kam, statt als Startschuss für gemeinsames Vorgehen gegen die - so WuH: „Clique von Ministerialen und Beamten im Landwirtschaftsministerium“- zu dienen.

„Münchener Merkur“, 10.3.10: „Skandal-Papier“ entsetzt Jagdverband. Das laut Vocke skandalöse Papier war nur der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Naturschützer sticheln, es gehe dem Jagdverband nur um hohe Wildbestände für das private Jagdvergnügen. „Ich habe schon länger das Gefühl, dass das Ministerium versucht, uns zu unterwandern und zu entmachten“. Seine Wut richtet sich nicht gegen Brunner, sondern gegen das Dogma „Wald vor Wild“ und die Ministerialbeamten, einer „Diktatur der Verwaltung“ und gegen „subversive Mittel“, mit denen der Verband schlecht gemacht werden soll. Redakteur Thomas Schmidt fragt Vocke, „ob Brunner seinen eigenen Laden nicht im Griff habe“;

Vocke: „Das kann nur er selbst beantworten“.

11. März 2010: Der strittige Projektbericht, „Abschlussbericht der Projektgruppe Waldumbau - Klimawandel“ vom Oktober 2008, der, soweit bekannt ist, neun Millionen Euro verschlungen hat und Anlass für den WuH-Artikel war, wurde indessen am 11.3.2010 vom Landwirtschaftsministerium als „gegenstandslos“ aus der Diskussion genommen. Das interne Papier des Bayerischen Forstministeriums sei nie zur Veröffentlichung gedacht gewesen, aber leider doch an WuH durchgesickert. Es ist vom Tisch gewischt und gilt als nicht geschrieben!

Mit diesem Handstreich wird zunächst die im „Münchner Merkur“ vom 10.3.2010 als „subversiv“ bezeichnete jahrelange Arbeit eines im MfLF installierten Arbeitskreises gedeckelt.

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat sich von dem Abschlussbericht distanziert und erklärt: „Unser Jagdwesen stützt sich auf drei Pfeiler: Schutz von Wildtieren, Schutz ihrer Lebensräume, sowie die Regulierung der Wildbestände zum Interessenausgleich“.

15.04.10 Bayern 2 Radiosendung „Das Notizbuch“

Referent Rudolf Erhard : Attackiert die Jäger und rechtfertigt die Aktivitäten des Forstes. Stichwortartige Zusammenfassung: „Das Skandalpapier ist alt und abgehängt und existiert eigentlich gar nicht. Der LJV macht Wahlkampf im Landtag. Die Fichte muss weg. Jäger wollen schönen Wildbestand daher naturgerechte Waldverjüngung nicht möglich. Wo das nicht geht muss aber hingelangt werden. Hege ist eine geweiherorientierte Jagd. Jäger zu höheren Abschusszahlen zwingen, denn der Steuerzahler zahlt die abgefressenen Pflanzen. 700.000 Waldbesitzer kümmern sich zu wenig um ihren Wald, deshalb brauchen wir mehr Förster. Förster haben zu viel Arbeit, weil sie immer größere Wälder betreuen müssen. Der Borkenkäfer kommt jetzt vom Privatwald in den Staatswald.“ s.hierzu Castell-Castell Main Post 17.05.2010, danach kommt der Käfer eher aus den Nationalparks in die Privatwälder.

Rudolf Erhard weiter: „Die Macht der nicht unvermögenden Jäger ist als Wählerpotential wichtig für die CSU“, das hat auch Seehofer erkannt. Heute gibt es aber nicht mehr so viel Jäger im Landtag wie zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Der BJV ist aus dem DJV ausgestiegen wegen 500.000,-Euro Beitragsersparnis. Darum hat die DJV-orientierte „Wild und Hund“ den Artikel Flächenbrand in Bayern geschrieben, weil die Bayern selbst „keinen Arsch in der Hose“ haben. Das sind Wahlkampfintrigen des BJV. Minister Helmut Brunner soll bei seiner Rede bei der BJV Landestagung in Erding nicht zu Kreuze kriechen. Soweit die Stereotypen des Interviews.

5.05.10 „Wild und Hund“, Nr. 9 -Etikettenschwindel- Chefredakteur Heiko Hornung beleuchtet erneut die nun auch in andere Bundesländer infiltrierte Forstcliquen. Zunächst sorgte das steuerfinanzierte bayerische Positionspapier, in dem Jagd und Jäger als muffiger lodengrüner Haufen, diffamiert werden, der das eigentliche Hindernis für den Waldumbau sei, für Furore unter Bayerns Jägern. Nun schwappt die Welle auch auf andere Bundesländer. Die Rheinland – Pfalz (SPD) Forstbehörde hat ein wildfeindliches Jagdgesetz verfasst. Dem Saarland haben ÖJV und Grüne einen jagdpolitischen Kurswechsel verordnet. In Thüringen unter CDU+FDP, wie auch in Brandenburg (SPD+Linke), setzen eifrige Forst-Ministeriale Konzepte um, die das einst vertrauensvolle Verhältnis von Landesjägerschaften und Landesregierungen zerstört haben.

Alle diese Fälle haben etwas gemeinsam: Eine entfesselte Bürokratie, Verselbstständigung der Verwaltung, die ÖJV ideologische Beschwörung eines bundesweiten Wald-Wild-Problems, dessen Lösung nur mit radikaler Reduktion möglich sei. Jeder schieße auf alles was er sieht - Hauptsache tot.

05.05.2010 Pressemitteilung des BfN (Bundesamt für Naturschutz ) Berlin, gemeinsam mit ANW (Arbeitsgemeinschaft naturgemäßer Waldbau) und DFWR ( Deutscher Forstwirtschaftsrat):

Ergebnisse des Gutachtens zum Wald-Wild-Konflikt:

Lt. BfN-Präs. Beate Jessel: Überhöhte Wildbestände, massive Probleme, ökologisch bedenklich, ökonomisch finanzielle desaströse Dimension, Wildverbiss behindert Umbau in naturnahe Mischwälder, deutliche Reduktion der Rehwildbestände ist dringend erforderlich. Lt. Inventur 2004 sind 1/5 aller Bäumchen verbissen. In den alten Bundesländern hat der Verbiss sogar um 30% zugenommen. Der wegen des Klimawandels dringliche Waldumbau ist in Frage gestellt.

Der von Naturschutz und Forstseite geforderte und mit Millionen geförderte Waldumbau wird großflächig behindert und durch Verbiss unmöglich. Investitionen buchstäblich in den Boden gesetzt, für Klimaschutz untragbar. Die Kosten von mindestens 3.000,--Euro pro ha Zaun, die heute für rund 30.000 ha anfallen, summieren sich auf einen Jahresbetrag von mindestens Neunzig Millionen Euro, alleine in diesem Jahr 2010, so der Präsident des DFWR Georg Schirmbeck, MdB.

Forderung der Gruppe: 1. Wildfütterung nur in Notzeiten. 2. Keine Anrechnung von Unfallwild auf die Abschusspläne, 3. Einführung effektiverer Jagdmethoden, 4. Anpassung der Jagdzeiten.

Endlich Taten keine Lippenbekenntnisse ! In einer sog. Expertise folgen weitere Forderungen zur Abschaffung gesetzlicher Vorgaben, wie:

Abschaffung:

- a.) der Hegepflicht,
- b.) der Wildtierfütterung,
- c.) der Abschusspläne, denn die Abschussplanung richte sich derzeit nicht nach den Vorgaben des Wald- und Naturschutzrechts, wie auch nicht nach den verursachten Schäden.
- d.) Abschusspläne sind willkürlich, ohne Kontrolle und ohne Sanktionierung bei Nichterfüllung (Anm. wohl Sanktionen bei Nichterfüllung).
- e.) Wildschadenersatz sei z.Zt. ohne konkrete Bewertungsvorgaben.
- f.) Es müssen endlich Fallbeispiele geschaffen werden, aus denen den Beteiligten klar wird, was passiert, wenn die Vorgaben nicht erfüllt werden.
- g.) konsequente Erfolgskontrolle der unteren Jagdbehörden. Musterpachtverträge mit Abschusskontrollregelungen. Änderung der Jagdzeiten. Einführung von Zwangsmaßnahmen. Und zu guter Letzt, Abschaffung einer staatlichen Förderung von künstlichen Maßnahmen zum Schutz der Waldverjüngung (Zaunkosten evtl. mit Ausnahme von Weisergattern).

6. Mai 2010 BJV-Pressemeldung „Berliner Treffen konterkariert die bayerische Jagdpolitik“. Der Wald hat keinen Konflikt mit dem Wild. Stattdessen erleben wir auf Bundesebene den schon aus Bayern bekannten Versuch, einen Keil zwischen Waldbesitzer und Jäger zu treiben.

17.05.2010 Main-Post: BN wirbt erneut für Nationalpark Steigerwald mit Unterschriftenaktion. „Wir stehen kurz vor dem Etappensieg mit 11.000 Unterschriften für 11.000ha Nationalpark Steigerwald“, so Hubert Weiger BN-Vorsitzender. Seit November 2009 haben wir schon 8.500 Unterschriften für den Nationalpark. Die Unterschrift ist auch online möglich: „[www.ja-zum-nationalpark-steigerwald.de](http://www.ja-zum-nationalpark-steigerwald.de)“ Albrecht Fürst zu Castell-Castell ist gegen den Nationalpark: Auch der Nationalpark Bayerischer Wald habe sich nicht bewährt, alle versprochenen positiven Auswirkungen seien nicht eingetroffen. Auch breite sich der Borkenkäfer dort so aus, dass auch benachbarte Gebiete geschädigt würden. s. 15.04.2010 Bayern 2 Forstreferent Rudolf Erhard im Zusammenhang mit „Flächenbrand in Bayern“ Der Borkenkäfer würde vom



Privatwald in den Staatswald getragen und auch dann die Expertise v. 10.07.2010.

10.06.2010 Bayerischer Landtag, Drucksache 16/4813

Anfrage des SPD Abgeordneten Ludwig Wörner v. 11.3.2010 an die Staatsregierung zu Angriffen des LJV gegen Bay. Staatsforsten, die „Wald vor Wild“ korrekt vertreten, fachlich korrekt handeln, geltendes Recht umsetzen. Wie wird sichergestellt, dass der LJV die Maßnahmen umsetzt und die Regierung sich vor die korrekt handelnden Beamten stellt?

Antwort des StMELF: 1. Wald vor Wild ist Erfüllung dienstlicher Pflicht. Bayern schützt die amtliche Tätigkeit der Forstverwaltung. 2. Grundsatz :Wald vor Wild. 3. Dieser Grundsatz ist auch dem LJV klar gemacht worden. 4. Verjüngung muss ohne Zaun möglich sein. Richtlinie zur Hege und Bejagung regelt AVBayJG und entsprechende Vollzugsschreiben. Nach Beratung mit Jagdbeirat soll Umsetzung der Abschussplanung fortgesetzt werden. Auch sind

Berichtspflichten der nachgeordneten Jagdbehörden vorgesehen. Die z.T. bestehenden fachlichen Defizite bei den nachgeordneten Jagdbehörden werden durch verstärkte Informationsarbeit verringert.

10.07.2010 Main Post Borkenkäfer fördert Artenvielfalt „Gefräßig und Nützlich“, Eine Studie aus dem Nationalpark Bayerischer Wald. Zwei Forscher haben herausgefunden, dass die gefräßigen Käfer einen wertvollen Beitrag zum Artenschutz leisten können. So sei die „zitronengelbe Tramete“ ein weltweit sehr seltener Pilz, dank der Vorarbeit der Borkenkäfer in den Nationalparks so häufig wie nirgendwo, teilte die Nationalparkverwaltung mit. Grund seien die vielen von den Borkenkäfern vernichteten Bäume. In den abgestorbenen Waldgebieten seien 450 verschiedene Käfer nachgewiesen, darunter gefährdete Arten von der Roten Liste. Beim Streit darüber, ob die Borkenkäferinvasion nicht systematisch bekämpft werden soll, sieht sich die Parkleitung im niederbayerischen Grafenau bestätigt. Nach dem Prinzip „Natur Natur sein lassen“ darf im Nationalpark der Mensch eigentlich nicht ins Ökosystem eingreifen.

15.07.2010 BJV-Info 4-2010 Thema 3: „Wald vor Wild“ auf Bundesebene vorerst gestoppt. Der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat haben die Novellierung des BUNDESWALDGESETZES beschlossen. Die u.a. vom Bund Naturschutz geforderte Aufnahme des in Bayern nur allzu bekannten Mottos „Wald vor Wild“ sowie eine entsprechende Änderung auch des Bundesjagdgesetzes konnte gestoppt werden.

20.07.2010 Main Post „Bringt der Nationalpark Jobs?“ BN und Gegner uneins. Streit zwischen BN und dem Verein „Unser Steigerwald“ 300 Demonstranten gegen Nationalpark-Pläne. Vors. des BN, Prof. Hubert Weiger, bei BN Tagung in Ebrach, unterstreicht lt. BN Pressemitteilung die positive wirtschaftliche Entwicklung in Nationalparkregionen. Um besseren Schutz der Buchenwälder zu erreichen sei Nationalpark die beste Schutzkategorie. Unterstützt von Hubert Job Uni Würzburg, der Studien zitiert, die belegen, dass 51 Millionen die 14 deutschen Nationalparke jährlich besuchen und dort 2,1 Milliarden Euro ausgeben würden. Dies entspreche 69.000 ! Vollarbeitsplätzen. Ganz anders Oswald Ebert, 2. Vors. d. Vereins „Unser Steigerwald“: Dass deren Protest nötig sei, beweise der Bayerische Wald. Denn ...„ dort hat der Bund Naturschutz eine ganze Region so beschädigt, dass die nur noch am Krückstock der Subventionen gehen kann“. Staatssekretär Gerhard Eck, 1. Vors. des Vereins mit rund 3.200 Mitgliedern, fordert den BN auf, sich um die Natur zu kümmern, statt in ein funktionierendes System im Steigerwald einzugreifen. Ein Nationalpark sei nachweisbar keine Jobmaschine. (Zusammenhänge werden deutlich: s. Hinweise unter 7.12.08, 3.3.10, 15.04.10, Bayern III, 17.05.10, 10.07.10, 20.07.10)

21.7.2010 Main Post „Spitzenreiter bei BN-Sammlung“ Der Bund Naturschutz gratulierte der Leopold-Sonnemann Realschule Höchberg zum 1. Platz bei der Haus und Straßensammlung. Stolze 2.111,10 Euro wurden durch Schülerinnen und Schüler dieser Schule gesammelt. Alleine die drei erfolgreichsten Schulen bei der Sammelaktion spülten 4.775,76 Euro in die Kasse des BN. Bemerkenswert wie der BN für seine Zwecke Lehrer oder gar ganze Schulen zu aktivieren versteht, die dann ihre Schulkinder für „wohltätige“

Zwecke auf die Straße schicken und für Sammelaktionen einspannen.

30.7.2010 ÖJV-Seminar „Wald vor Wild“ Nürnberg Stichwort Protokoll: Dr. Jacob ORH: „Wünscht mehr Bußgelder bei Nichterfüllung der Abschusspläne, doch an den UJBh. sei das Personal „unter aller Kanone“. „Jäger schädigen Volkswirtschaft“, „Wir brauchen Masterplan zur

Aushebelung der Jäger“, Dr. Georg Sperber fordert erneut Schrotschuss auf Rehwild. Wolf Thilo von Trotha ( Büro zur Erfassung von Wildschäden, Göttingen GmbH): Jedes nicht geschossenen Reh kostet 1.500,--Euro. Dr. Herz Mdl., Sprecher FW „Wald vor Wild“: „...brauchen Gehirnwäsche für Jungjäger“, „warum ist BJV Naturschutzverband, wenn er nur 50 von 45.000 Tierarten in Bayern vertritt ? „ .. BJV finanziere Empfänge aus der Jagdabgabe“, Einwand : „auch der ÖJV fast den ganzen Papierkram aus der Jagdabgabe“ usw.. BJV aushebeln, Abschüsse erhöhen, Strafen, Jäger sollen alle Kosten für verbissenen Pflanze tragen. Pachtverträge ändern. Jeder Landwirt soll auch Jäger sein, wie bei Förstern. Usw. usw.

13.08.2010 „Scheinfurter Tagblatt“: Bayerns Waldfläche wächst weiter, teilte Bayerns Forstminister Helmut Brunner am Donnerstag den 08.08.2010 in München mit. Im vergangenen Jahr waren es rund 268 Hektar, das entspreche etwa 375 Fußballfeldern. Auch 2008 hatten die bayerischen Wälder um insgesamt 339 Hektar zugenommen. In den letzten drei Jahrzehnten haben Bayerns Wälder um über 15.000 ha an Fläche zugenommen. Gleichzeitig ist der Anteil der Laubbäume von 22 Prozent auf 32 Prozent angestiegen.

29.10-2010 Main-Post Würzburg: Bund Naturschutz fordert erneut Nationalpark Steigerwald. In der strukturschwachen Steigerwaldregion würden mit dem Nationalpark viele Arbeitsplätze in Gastronomie und Handwerk geschaffen. Wie heisst es so schön „Steter Tropfen ...“

Es wird zunehmend deutlich, dass ein Kartell des BfN (Bundesamt für Naturschutz ) Berlin, gemeinsam mit ANW (Arbeitsgemeinschaft naturgemäßer Waldbau), DFWR ( Deutscher Forstwirtschaftsrat), BN( Bund Naturschutz) und ÖJV (ökologischer Jagdverein) die Führungskontrolle in den Ministerien übernommen hat und über gigantische Beträge für gemeinsam ausgetüftelte Schutzmaßnahmen gegen Wildverbiss verfügt. Es gilt Ängste in der Bevölkerung aufzubauen und Desinformationen zu streuen.

Es wird Zeit, dass den Initiatoren der Wildschadenserhebungen, der Wildvernichtung in den Staatswäldern, des ausgefertigen Waldwegebaus und der Zaunbauorgien, allmählich klar gemacht wird, dass sie selbst es sind, die ÖJV- und Forstministerialen, die dem Staat unerträgliche Kosten bescheren. Unbequemen Kritikern begegnen sie, indem sie diesen virtuos „Des Kaisers neue Kleider“ vorführen, denn all ihre seit 30 Jahren verkündeten und von der Presse blauäugig verbreiteten Prognosen zum Waldsterben, haben sich als unhaltbar erwiesen.

Zu beanstanden sind von Forstexperten erklärte Waldschäden, die nie eintraten. Zu beanstanden ist, dass keiner der falschen Propheten je zur Verantwortung gezogen wurde. Ferner ist keine aufgenommen Erhebungsfläche seit Einführung des Vegetationsgutachtens zur Ermittlung der Waldverjüngung (Verbissgutachten), erneut beurteilt worden! Wo Licht war, haben sich diese Flächen - obgleich vor über 25 Jahren als 100% verbissen beurteilt, zu Urwäldern entwickelt!

Dennoch verpulvern die mit dicken Subventionsetats ausgestatteten Fachbereiche – wie man sieht- alljährlich Millionen, treten als Retter des Deutschen Waldes auf und rechtfertigen ihre Aktivitäten lapidar mit dem Lügenmärchen die Ausgaben seien Notwendig, gegen Wildverbiss, gegen das Waldsterben und nun noch zur Eindämmung der Klimakatastrophe. Wer sich ihrer Auffassung anschließt, wie auch Gemeinden, die auf ihren Rat hin, oder ihrer Berater Empfehlung hin, ehemals verpachtete Jagdreviere in Eigenregie bewirtschaften, werden subventioniert. Besondere Belobigungen dürfen jene Gemeinden erwarten die

Jagdverträge nach dem „Rosenheimer Modell gestalten. Von Aktivisten des BfN propagiert, und süffisant mit der Fußnote versehen: „*dankenswerterweise finanziert aus den Mitteln der Jagdabgabe*“.

Im Bundesministerium für Naturschutz werden die Feindbilder „Jäger“, „Reh“ und „Hirsch“ als Wald- und Klimaschädlinge regelrecht gezüchtet.

Wenn wir als Jäger und Jägervereinigungen nicht gegensteuern, werden wir uns zunehmend von waidgerechten Verhaltensregeln entfernen.

Die seit einigen Jahren in den Bayerischen Staatsforsten praktizierten Strategien der neuen „ökologischen“ Jagd, eingeführt von in Ministerien klug etablierten progressiven und mit Naturschutzorganisationen verbandelten Ideologen, lauten – als Notwendigkeit für die Rettung des Waldes deklariert -:

„*Strecke machen*“! Auf alles Schalenwild schießen, das Jagdzeit hat !

Die amtlich verkündete Forderung, die Jägerschaft habe diese Jagdweise zu übernehmen, verstößt schlicht und einfach gegen geltendes Recht! Sie verstößt gegen Art. 1 BayGJ und § 1 BjadG, sowie gegen das Ziel der Hege: Der Erhaltung eines den landeskulturellen Verhältnissen angepassten artenreichen und gesunden Wildbestandes, einschließlich dessen Pflege und der Sicherung seiner Lebensgrundlagen.

## **Zusammenfassend kann gesagt werden:**

Alle Thesen, die das Waldsterben belegen sollen, haben sich letztlich als falsch erwiesen.

**Schäden durch Wildverbiss**, wenn er denn überhaupt eine nachhaltige Pflanzenschädigung verursachen sollte, sind nicht zu errechnen; wohl aber die Kosten für vielfach sinnlose Zäunungen gegen Wildverbiss und die Kosten für nutzlose Expertisen mit Berechnungen von Phantomschäden.

**Waldsterben**: ist die Kunst von Forst- und Umweltverbänden in der Öffentlichkeit ihre eigene Wichtigkeit hervorzuheben. Dies gelang durch fortgesetzte Entdeckungen neuartiger Waldschäden, zu deren Erforschung hunderte Millionen Euro von Bundes und Länderregierungen ausgegeben wurden, nur um am Ende zu entdecken, dass es ein Waldsterben nie gab.

**Verbisschaden**: Ist die Kunst des Forstmeisters, den Wert eines abgezwickten Triebes von 5mm Länge und 1mm Durchmesser auf die Länge von 30 Metern und einen Durchmesser von 60 Zentimetern hochzurechnen, um die Notwendigkeit kostspieliger Zäunung zur Rettung des Deutschen Waldes zu rechtfertigen.

Zum Schluss sei Carl Emil Diezel, fürstbischöflicher Forstinspektor und Staatsrevierförster in Würzburg von 1779-1860, zitiert. Diezel gilt bis heute als Klassiker der Forst und Jagdwissenschaften:

*4-5 Rehe auf 30-50ha. ist eine angemessene Zahl und ein Bestand der keinen nennenswerten Schaden anzurichten im Stande ist. Und keiner, wäre er dem Wilde noch so feindlich gesinnt, kann stichhaltige Gründe dagegen vorbringen; selbst dann nicht, wenn er das schwere Geschütz der so genannten forstwirtschaftlichen Grundsätze ins Feuer führen würde, unter dessen Flagge er unser trautes und nützliches Wild am liebsten mit Stumpf und Stiel ausrotten möchte.*



**Autor:**

Unterfränkischer Jagdclub Würzburg e.V.  
Karwinkel 12  
97204 Höchberg  
Telefon 0931 48469  
Fax 0931 400697  
Peter M. Busch (Vors.)